

GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord  
Bussestraße 1, 22299 Hamburg | Tel. 040 5117919 | fraktion@gruene-nord.de

8. Januar 2014

### Antrag

an die Bezirksversammlung Hamburg-Nord

## **Kampagne für mehr Information und Miteinander im Straßenverkehr starten!**

Seit vielen Jahren nimmt der Radverkehr auch in Hamburg stärker zu als das gesamte Verkehrsaufkommen. Durch zunehmenden Radverkehr können Lärm- und Schadstoffemissionen gesenkt und so die Lebensqualität erhöht werden. Langfristig wird so auch ein Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel erbracht. Doch während die Politik diese Entwicklung einhellig begrüßt, kommt es auf der Straße des öfteren zu Konflikten.

Viele Radfahrende haben den Eindruck, auf der Fahrbahn nicht willkommen zu sein. So kommt es auf größeren Straßen, die über nicht benutzungspflichtige Radwege verfügen, häufig dazu, dass Kfz wild hupend mit knappem Abstand überholen oder sogar Radlerinnen und Radler an den Rand drängen. Als Beispiele seien hier die Tangstedter Landstraße und der Wiesendamm genannt. Grund für dieses Verhalten ist sicherlich, dass die meisten der heutigen Verkehrsteilnehmer ihre Verkehrserziehung vor Inkrafttreten der sogenannten „Fahrradnovelle“ der Straßenverkehrsordnung 1997 genossen. Falsche Annahmen über das korrekte Verhalten von Radfahrenden im Straßenverkehr sind leider an der Tagesordnung.

Abgesehen von der akuten Gefahr wird durch die beschriebenen Situationen nicht die Motivation gefördert, in Zukunft öfter das Rad zu nutzen. Ein höherer Anteil des Radverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen ist aber politisch gewünscht: Die Radverkehrsstrategie wurde von allen Fraktionen einstimmig angenommen. Daher ist es für die Zukunft des Radverkehrs in Hamburg unerlässlich, dass die Rechte und Pflichten aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer allgemein besser bekannt sind und alle mehr Rücksicht aufeinander nehmen. Insbesondere die Akzeptanz für nicht motorisierte Nutzerinnen und Nutzer der Straße sollte steigen.

Leider sind sich auch viele Radfahrende offenbar nicht darüber im Klaren, wo sie mit ihrem Rad sicher fahren können, ohne sich und andere Verkehrsteilnehmende zu gefährden. So ist beispielsweise häufig zu beobachten, dass erwachsene Radfahrende den Gehweg nutzen – oft sogar in verkehrsarmen Wohngebieten wie z.B. am Diekmoorweg in Langenhorn, der an der östlichen Straßenseite nur über einen schmalen Bürgersteig verfügt. Offenbar herrscht Unwissenheit darüber, dass sie sich insbesondere an Kreuzungen einem erhöhten Unfallrisiko mit querenden Kfz aussetzen. Wie eine schwedische Studie [1] von Leif Linderholm schon 1984 zeigen konnte, ist das Unfallrisiko bei Geradeausfahrt über eine Kreuzung auf einem Bürgersteig 3,4 mal so hoch wie bei einer Fahrt auf der Fahrbahn.

Zudem behindern und gefährden Radlerinnen und Radler auf dem Bürgersteig dort Menschen, die zu Fuß gehen. Der zur Verfügung stehende Platz reicht hier oft nicht einmal für Rollstühle, Kinderwagen oder Rollatoren. Wären die Radfahrenden sich darüber im Klaren, dass das Fahren auf der Fahrbahn nicht nur die Sicherheit der Menschen auf dem Bürgersteig erhöhen würde, sondern zugleich auch das eigene Risiko reduziert, in einen Unfall mit einem Kfz verwickelt zu werden, so würden sicherlich mehr Erwachsene die Straße nutzen.

Unter Radfahrenden ist es auch nicht unüblich, Radwege in die falsche Richtung zu befahren (also auf der linken Straßenseite). Dies ist ebenfalls mit einem sehr stark erhöhten Unfallrisiko verbunden: Laut der bereits erwähnten Studie ist dann das Unfallrisiko an einer Kreuzung 11,9 mal höher als beim Fahren auf der richtigen Seite der Fahrbahn.

Es ist davon auszugehen, dass die meisten Menschen, die sich so verhalten, sich nicht über dieses hohe Maß an Unfallgefahr im Klaren sind. Ausgelöst wird dieses Verhalten allerdings oft dadurch, dass eine korrekte Nutzung der Radwege zu weiten Umwegen und enormem Zeitverlust führen würde. Wenn man beispielsweise aus der Fibigerstraße kommend nach links in die Langenhorner Chaussee einfahren möchte, so ist an dieser Stelle das Linksabbiegen verboten. Daher entscheiden viele Radfahrende sich dafür, den Radweg an der Ostseite der Langenhorner Chaussee in Gegenrichtung zu nutzen. In vielen Fällen verzichten sie auch darauf, an der nächsten Kreuzung wieder auf die rechte Straßenseite zu wechseln.

#### Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

1. Das Vorsitzende Mitglied setzt sich bei der für die Förderung des Radverkehrs zuständigen Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation dafür ein, dass die Freie und Hansestadt eine Informationskampagne initiiert, die mit den wichtigsten Missverständnissen im Straßenverkehr in Bezug auf Radfahrende aufräumt. Thematisiert werden sollte insbesondere, dass
  - das Radfahren auf der Fahrbahn der Regelfall, nicht die Ausnahme ist. Es sollte entsprechend für Akzeptanz bei Kfz-Nutzerinnen und -nutzern geworben werden;
  - die Fahrbahn erwiesenermaßen für Radelnde der sicherste Ort zum Radfahren ist. Das Fahren auf Bürgersteigen gefährdet zudem zu Fuß gehende Menschen und ist daher nicht zulässig;
  - das Befahren von Radwegen oder Bürgersteigen auf der linken Straßenseite mit einem drastisch erhöhten Unfallrisiko verbunden ist.
  
2. Für die Informationskampagne sollten verschiedene Medien genutzt werden, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Die Kampagne sollte nach Möglichkeit auch von Aktionen der Polizei begleitet werden, wie z.B. vom PK 24 im Mai 2013 in Niendorf [2].  
Hierfür würden sich im Bezirk Hamburg-Nord beispielsweise die Tangstedter Landstraße oder der Wiesendamm eignen, auf denen es häufig zu Drängeleien und Gefährdung von Radfahrenden durch Kfz kommt.

#### Links

[1] [alt.argus.or.at/transdanubien/downloads/sonstiges/lth1984acc\\_cycles\\_hires.pdf](http://alt.argus.or.at/transdanubien/downloads/sonstiges/lth1984acc_cycles_hires.pdf)

[2] [www.niendorfer-wochenblatt.de/nachrichten/artikel/260/Gewoehnt+Euch+aneinander](http://www.niendorfer-wochenblatt.de/nachrichten/artikel/260/Gewoehnt+Euch+aneinander)

Michael Werner-Boelz  
Thorsten Schmidt  
und GRÜNE Fraktion